A 1 Universitätsbiblioth

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat. Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 15 Donnerstag, den 4. Februar 1932. 45. Jahrgang

Der Aufruf des Hindenburgausschusses

Berlin, 2. Februar.

Der vom Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm ins Leben gerufene Hindenburg-Ausschuß erläßt folgenden Aufruf:

„Das Volk will Hindenburg.

Deutsche! In wenigen Wochen soll das deutsche Volk den neuen Reichspräsidenten wählen. Millionen sind der Ueberzeugung, daß für die höchste Würde des Reiches nur ein Mann in Betracht kommt: Hindenburg! Gegenüber der geschichtlichen Persönlichkeit des gegenwärtigen Reichspräsidenten treten alle anderen Namen zurück, die in den Erörterungen der letzten Wochen von der Parteipolitik genannt worden sind.

Hindenburg: Um diesen Namen leuchtet der Ruhm von Tannenberg und die lebendige Erinnerung an das deutsche Heer des Weltkrieges, das vier Jahre lang der Boden der Heimat schützte und die deutschen Waffen siegreich in ferne Länder trug.

Hindenburg: Das ist ein Leben deutscher Pflichterfüllung, im Dienste des Vaterlandes von der Kaiserproklamation von 1871 bis zur Präsidentschaft der Republik.

Hindenburg: Das ist eine Ueberwindung des Parteigeistes, das Sinnbild der Volksgemeinschaft, die Führung in die Freiheit.

Hindenburg: Das ist für Deutschland und die Welt die vornehmste Verkörperung der deutschen Nation: Der erste im Kriege, der erste im Frieden und der erste im Herzen seiner Mitbürger.

Deutsche! Seid in dieser Stunde ein Volk, dankbar, einig und groß!

Eine spontane Kundgebung soll Hindenburg bitten, sich als Volkskandidat für die Wiederwahl zum Reichspräsidenten zur Verfügung zu stellen.

Keiner darf beiseitestehen, wenn es gilt, sich zu Hindenburg und zur nationalen Einheit zu bekennen.

Deutscher, Dein Name gehört Hindenburg!

Berlin, den 1. Februar. Der Hindenburgausschuß.

Zur Ausführung des Aufrufes für die Wiederwahl Hindenburgs teilt der Hindenburg-Ausschuß mit: Ein von den Parteien unabhängiger Wahlvorschlag muß die Unterschriften von 20 000 Wählern tragen. Es gilt, diese Zahl möglichst schnell zusammen zu bringen. Deshalb ist die deutsche Presse gebeten worden, Listen zur Eintragung für den Wahlvorschlag „Hindenburg" auszulegen. Dadurch soll die gesetzliche Vorschrift erfüllt und zugleich eine spontane Vertrauenskundgebung für den Reichspräsidenten von Hindenburg ermöglicht werden. Diese Kundgebung bedeutet die Bitte an den Reichspräsidenten, sich als Volkskandidat für die Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Die Einzeichnungslisten werden von den Zeitungen, die sich hierzu bereitfinden, vom Mittwoch, den 3. Februar, bis einschließlich Sonnabend, der 6. Februar, ausgelegt.

Im Auftrage des Hindenburgausschuß gez. Dr. Sahm.

Der Aufruf zur Volkswahl Hindenburgs ist von zahlreichen führenden Persönlichkeiten unterzeichnet worden, u. a. von dem Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm, dem früheren Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons, Oberpräsident a. D. von Batocki, Geheimrat Duisberg, Verbandsvorsitzenden Wilhelm Flügel, Dr. Geßler, den Präsidenten des Industrie- und Handelstages Dr. Grund, Gerhart Hauptmann, Oberbürgermeister Dr. Jarres, Professor Junkers, Präsident Dr. D. Kapler, Kommerzienrat Krumbhaar, Geheimrat Dr. Lemald, Arthur Mahraun, Oscar von Miller, Präsident Dr. Mulert, Verbandsvorsitzender Otte, Präsident Pflugmacher-Magdeburg, Bischof Dr. Schreiber, Geheimrat Planck u. a.

Die Hoffnung der Völker ...

Kurze Vertagung der Abrüstungskonferenz.

Genf, 3. Februar.

Nach jahrelangen Vorbereitungen sollten sich die Vertreter von 64 Staaten treffen, um endlich einmal einen ernsthaften Versuch zu machen, nicht nur das Wettrüsten zu beenden, sondern die vorhandenen Rüstungen ganz wesentlich einzuschränken.

Es gibt nicht nur moralische Gründe für die Weltabrüstung, sondern auch vertraglich festgelegte Verpflichtungen.

Sowohl der Versailler Vertrag als auch der Völkerbundspakt fordern die Abrüstung, der erstere nach Maßgabe der von Deutschland bereits erzielten Abrüstung. Um den berühmten Konventionsentwurf, den Deutschland mit Recht auf das schärfste ablehnt, werden im Laufe der nächsten Wochen und, wie zu befürchten ist, auch der nächsten Monate heftige Kämpfe entbrennen. Es wird einzig und allein von dem guten Willen der Konferenzteilnehmer abhängen, ob in absehbarer Zeit in der Abrüstungsfrage irgendwelche nennenswerte Fortschritte erzielt werden können. Der Brand im Fernen Osten sollte der gesamten Menschheit eine dringende Warnung sein, keine Zeit mehr zu versäumen, um nach gerechten Grundsätzen abzurüsten.

Der Gedanke, eine außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes zur Behandlung des japanisch-chinesischen Konfliktes einzuberufen, steht jetzt wieder im Vordergrund.

Den Vorsitz im Völkerbundsrat hat der französische Kriegsminister Tardieu über ommen. Die plötzliche Einberufung der Sitzung des Völkerbundsrates ist in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson erfolgt.

Die Teilnehmer der Abrüstungskonferenz.

Die Weltabrüstungskonferenz umfaßt nach der amtlichen Abordnungsliste des Völkerbundssekretariats die Vertretungen von 64 Staaten, davon die zehn Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes: Vereinigte Staaten, Sowjetrußland, Türkei, Afghanistan, Abessinien, Mexiko, Brasilien, Costa Rica, Hedschas und Ecuador. Die Republik San Domingo ist durch einen Beobachter vertreten. Der Konferenz gehören an: fünf Ministerpräsidenten, 24 Außenminister, 28 Generale und 15 Admirale, ferner unzählige Generalstabs- und Admiralstabsoffiziere, Militärattachés, zahlreiche Botschafter, Gesandte und hohe Beamte der Außenministerien.

Der Präsident unter Zensur.

Zwischen dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, und dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, ist es als Auftakt der Abrüstungskonferenz zu einer ernsten Meinungsverschiedenheit gekommen.

Henderson hatte bereits in London seine Eröffnungsrede in allen Einzelheiten ausgearbeitet, in der ein allgemeines Programm der Aufgaben und Ziele der Abrüstungskonferenz entwickelt wird.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, dem der Entwurf der Rede vorgelegt worden war, hat jedoch auf das entschiedenste gegen die scharfe Formulierung Hendersons protestiert und die entscheidenden Teile der Rede herausgestrichen mit der Begründung, daß es nicht Aufgabe des Präsidenten der Abrüstungskonferenz sei, ein allgemeines Abrüstungsprogramm vor der Konferenz zu entwickeln.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, sah sich jedoch schließlich gezwungen, die vom Generalsekretär des Völkerbundes bearbeitete Fassung seiner Rede anzunehmen, die sich jetzt lediglich auf einige allgemeine Formulierungen beschränkt und damit an ihrer politischen Bedeutung außerordentlich eingebüßt hat!

Zwischenspiel mit Radek.

Der Schweizer Bundesrat verweigerte dem Mitglied der Abrüstungskommission Radek die Einreiseerlaubnis, weil dieser 1921 aus der Schweiz ausgewiesen worden war. Ein Protestschreiben Litwinows gegen die Verweigerung der Einreiseerlaubnis für Radek durch die Schweizer Behörden ist dem Schweizer Bundesrat vom Präsidenten Henderson übermittelt worden.

Wie verlautet, nimmt jedoch der Schweizer Bundesrat den Standpunkt ein, daß der 1921 ergangene Ausweisungsbefehl gegen Radek weiter fortbesteht und für die Schweizer Regierung keine Möglichkeit vorliege, den Ausweisungsbefehl aufzuheben. Der Moskauer Regierung sei dieser Tatbestand bekannt. Die allen Teilnehmern zugesicherte freie Teilnahme an der Abrüstungskonferenz könne sich selbstverständlich nicht auf Personen beziehen, gegen die in den vorhergehenden Jahren ein Ausweisungsbefehl ergangen sei.

Man befürchtet, daß die sowjetrussische Abordnung weitere Protestschritte unternimmt, und die Eröffnung der Abrüstungskonferenz hierdurch ernsthaft gestört werden könnte. Eine Lösung des Streitfalles ist bisher noch nicht gefunden worden.

Die Sitzung des Völkerbundsrates.

Einstellung der Feindseligkeiten in China verlangt.

Genf, 3. Februar.

Der Völkerbundsrat trat unter dem Vorsitz des französischen Kriegsministers Tardieu zusammen. An der Sitzung nahmen der italienische Außenminister Grandi, der englische Dominionsminister Thomas und als Vertreter Deutschlands der Gesandte von Weizsäcker teil.

Der englische Dominionsminister Thomas verlas sodann stehend eine Erklärung, in der es heißt: Die britische Regierung sieht es als unmöglich an, daß die gegenwärtige Lage im Fernen Osten weiter andauert. Jeder Tag bringt neue Zwischenfälle von ernstester Tragweite. Die Feindseligkeiten dauern fortgesetzt an. Schanghai ist der Schauplatz eines außerordentlich ernsten Konfliktes geworden, an dem schwere Artillerie, Maschinengewehre und Flugzeuge teilnehmen. Der Zustand eines Krieges ist damit praktisch eingetreten. Die englische Regierung hat daher gemeinsam mit anderen Regierungen beschlossen, neue Bemühungen zur Sicherung des Friedens einzuleiten. Es ist zu hoffen, daß weitere Regierungen sich diesem Vorgehen anschließen würden. Die englische Regierung hat daher den Regierungen in Tokio und Nanking folgende Forderungen gestellt:

1. **Einstellung aller Feindseligkeiten und aller Vorbereitungen zum Kriege;**
2. **Beiderseitige Zurückziehung der Truppen in Schanghai;**
3. **Schutz der internationalen Konzession und Schaffung einer neutralen Zone in Schanghai;**
4. **Sofortige Einleitung der Verhandlungen, um den Konflikt im Geiste des Kelloggpaktes und der Entschließung des Völkerbundsrates vom 9. Dezember v. J. zu regeln.**

Frankreich und Italien schließen sich England an

Nach der Erklärung Thomas' teilte Tardieu mit, daß die französische Regierung auf Grund der Mitteilungen der englischen Regierung unverzüglich ihre diplomatischen Vertreter in Tokio und Nanking beauftragt habe, in gleichem Sinne vorstellig zu werden. Die französischen Flottenstreitkräfte seien nach Schanghai unterwegs. Der italienische Außenminister Grandi erklärte: Auch die italienische Regierung sei im Sinne der englischen Demarche in Tokio und Nanking vorstellig geworden.

Der deutsche Vertreter, Gesandter von Weizsäcker, teilte dann mit, daß er seiner Regierung unverzüglich die Erklärungen der Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens übermitteln werde,

damit die deutsche Regierung auch ihrerseits in den beiden Hauptstädten im gleichen Sinne vorstellig werden könne.

Heiterkeit im Rat

Der chinesische Gesandte Yen beschränkte sich auf die Mitteilung, daß er seiner Regierung über die Verhandlungen des Völkerbundsrates Bericht erstatten würde.

Der japanische Botschafter Sato begrüßte das Vorgehen der englischen Regierung. Angesichts des besonderlichen Ernstes der Lage habe die japanische Regierung ihrerseits gebeten, unverzüglich außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen.

Allgemeine Heiterkeit erregte es, als der japanische Botschafter beantragte, unverzüglich die Ursachen der chinesischen Angriffe auf die japanischen Truppen zu untersuchen.

Die Verhandlung wurde von Tardieu mit der Mitteilung geschlossen, der Völkerbundsrat werde von neuem zusammentreten, sobald der Bericht des Untersuchungsausschusses vorliege, der in den nächsten Tagen zu erwarten sei. Das Ziel der heutigen außerordentlichen Sitzung des Völkerbundsrates sei gewesen, ein gemeinsames Vorgehen der Völkerbundsrates mit den jetzt von der englischen Regierung vorgeschlagenen neuen Maßnahmen zu ermöglichen und die erschütterte Autorität des Völkerbundes in diesem außerordentlich schweren Konfliktsfalle zu sichern.

Die Abrüstungskonferenz eröffnet.

Die Weltabrüstungskonferenz ist unter Teilnahme der Vertretungen von 64 Staaten am Dienstagnachmittag 16½ Uhr im „Bateiment electoral" eröffnet worden, in dem sonst die alljährliche Vollversammlung des Völkerbundes zu tagen pflegt.

Bereits stundenlang vor Beginn der Konferenz drängt sich eine tausendköpfige Menge vor dem Eingangsportal, an dem die zahlreichen Automobile der einzelnen Delegationen vorfahren. Die Diplomaten-Tribüne und die Tribüne des Publikums sind geraume Zeit bereits bis auf den letzten Platz besetzt. In dem großen Konferenzsaal lagert eine Stimmung gespannter Erregung.

Der vom Völkerbundsrat ernannte Präsident der Abrüstungskonferenz, der frühere englische Außenminister Henderson, begibt sich kurz vor 14.30 Uhr auf den Präsidentensitz.

Henderson spricht englisch, die wichtigsten Teile seiner Rede stark unterstreichend. Seine klare, deutliche Stimme, der man die Erregung sehr anmerkt, durchdringt den lautlosen Saal. Henderson erklärte die Abrüstungskonferenz für eröffnet.

Die Henderson-Rede:

Der Völkerbundsrat hat im Jahre 1930 die Einberufung der Weltabrüstungskonferenz beschlossen. Die Konferenz steht vor der tragischen Tatsache, daß im Augenblick der Eröffnung ihrer Arbeiten im Fernen Osten eine außerordentlich schwierige Lage entstanden ist. Es ist die imperative Pflicht für die Unterzeichnerstaaten des Völkerbundspaktes und des Kelloggpaktes, sich an die genaue Einhaltung dieser beiden großen Sicherheiten und Garantien gegen Krieg und Gewalt zu halten. Eine geschichtliche Stunde hat geschlagen. Niemals hat es noch eine Konferenz in der Geschichte gegeben, die eine dringendere und für die Menschheit wohltuendere Aufgabe hat, als diese. Die Konferenz hat Fragen aller Nationen und Klassen der Welt zu behandeln. Ueber die Schwierigkeiten darf man sich keinen Illusionen hingeben. Die Konferenz beginnt ohne eine feste Tagesordnung. Die Aufgabe der Konferenz besteht daher nach meiner Auffassung in folgenden drei Punkten:

1. **Ein gemeinsames Abkommen über ein wirksames Programm praktischer Vorschläge, um so schnell wie möglich eine wesentliche Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen aller Länder zu erreichen.**
2. **Keinerlei Rüstungen außerhalb des jetzt festzusetzenden Rahmens des Vertrages, durch den sich alle Nationen verpflichten, das große Ziel der allgemeinen Abrüstung zu erreichen.**
3. **Sicherung der weiteren Arbeiten, um das endgültige Ziel zu erreichen, auf dem Wege ähnlicher Konferenzen, die in kurzer Zeitabschnitten zusammentreten sollen.**

Es kann nicht geleugnet werden, daß die Furcht der Nationen vor Angriffen einer der Gründe für die Aufrechterhaltung der schweren Rüstungen in der Welt war. Dennoch bedeutet das Bestehen von Rüstungen eine der Hauptursachen der gegenseitigen Furcht und des Argwohnes, die das internationale Leben vergiften, den Willen zum Frieden paralysieren und die Nationen immer wieder in das Wettrüsten schleudern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320204-14/fragment/page=0001

Es ist nicht verwunderlich, daß die gegenwärtige Generation immer argwöhnischer gegenüber dem sogenannten bewaffneten Frieden wird, der bisher die einzige Garantie gegen den Krieg war.

Die Welt sehnt sich heute nach einem endgültigen Fortschritt auf dem Wege der allgemeinen Abrüstung. Der Völkerbund hat seit seinem Beginn fortgesetzt an der Organisation des Friedens gearbeitet. Aber das Empfinden für die Unsicherheit hat bisher fortgesetzt zu neuen Rüstungen geführt, und das Anwachsen der Rüstungen führte seinerseits wieder zu einem fortgesetzten Anwachsen des Empfindens der Unsicherheit.

Dieser Zirkelschluß muß unterbrochen werden.

Die überbürdeten Nationen haben bisher keinen anderen Ausweg gewußt, als den öffentlichen Konflikt. Dieser Tatbestand muß jetzt klar erkannt werden. Aus diesem Grunde ist die Abrüstung einer der Hauptteile des Völkerbundspaktes geworden. Es bestand bisher das allgemeine Erwarten, daß die Verpflichtung des Artikels 8 des Völkerbundspaktes so schnell wie möglich ausgeführt werde. Diese Verpflichtung bleibt weiter auf allen Mitgliedern des Völkerbundes lasten, und jeder einzelne muß jetzt versuchen, den Völkerbund von dieser Verpflichtung zu befreien.

Präsident Henderson gibt sodann einen langen historischen Ueberblick über das bisherige Verhalten des Völkerbundes auf dem Gebiete der Abrüstung, schildert die Verhandlungen der Völkerbundsversammlungen, des Völkerbundsrates und des vorbereitenden Abrüstungsausschusses, die verschiedenen Versuche, auf dem Gebiete der Schiedsgerichtsbarkeit zu einer allgemeinen Regelung zu gelangen und weist insbesondere auf die Arbeiten des vorbereitenden Abrüstungsausschusses hin, an dem auch die im Völkerbund nicht vertretenen Staten teilgenommen haben.

Er entwickelte sodann die Richtlinien der vom Abrüstungsausschuß ausgearbeiteten vorläufigen Konvention, die lediglich die Methoden der Abrüstung behandele. Die Abrüstungskonferenz müsse jetzt die endgültigen Zahlen für die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen bestimmen.

Zum Schluß erklärte Henderson, daß das Problem der Abrüstung von lebenswichtiger Bedeutung für die gegenwärtige schwere Wirtschafts- und Finanzkrise sei, mit der die meisten Nationen heute zu kämpfen hätten. Die Kosten der Rüstungen seien eine der hauptsächlichsten Ursachen der heutigen schweren Lage und der zerrütteten Staatshaushalte in verschiedenen Ländern.

Die öffentliche Meinung verlangt, daß jetzt eine wesentliche Herabsetzung der auf allen Völkern lastenden Heeresausgaben erreicht wird. Die Augen der ganzen Menschheit sind heute auf diese Konferenz gerichtet. Ich lehne es ab, die Möglichkeit eines Zusammenbruchs der Konferenz in Erwägung zu ziehen. Niemand kann sagen, welche Folgen ein Zusammenbruch haben würde. Henderson schloß dann mit den bedeutungsvollen Worten:

Gegenwärtig kann es nur eine Gleichheit der Rechte für jede Nation in der von uns gebauten freien Gesellschaft der Völker geben. Es kann nur die Brüderlichkeit aller Völker geben, die in Zukunft nicht mehr Feinde, sondern treue Freunde sein werden. Es kann nur jetzt die Freiheit für jedes Volk geben, sein Leben ohne Furcht vor Ungleichheit, vor Bedrückung oder Krieg leben zu können. Laßt uns die große uns auferlegte Aufgabe in Angriff nehmen, laßt uns Entscheidungen fällen und die Nationen den erjehnten Höhen entgegenführen.

Drei Ausschüsse eingesetzt.

Genf, 3. Februar.

Der Vorschlag Hendersons, den Schweizer Bundespräsidenten Motta zum Ehrenpräsidenten zu ernennen, wurde einstimmig angenommen. Dann wurden drei Ausschüsse eingesetzt, und zwar ein fünfgliedriger Ausschuß aus Vertretern der kleinen Mächte zur Prüfung der Vollmachten, ein sechzehngliedriger Ausschuß unter Vorsitz Hendersons, dem die europäischen Großmächte, die Vereinigten Staaten, die Türkei, Sowjetrußland und Japan angehören, zur Ausarbeitung der Geschäftsordnung und ein fünfgliedriger Ausschuß zur Aufstellung von Regeln für die Entgegennahme von Vorschlägen internationaler privater Organisationen.

Alle drei Ausschüsse nehmen sofort ihre Arbeiten auf. Die nächste Vollsitzung der Konferenz ist für Sonnabend festgesetzt.

England für Dauerregelung.

London, 3. Februar.

Schatzkanzler Neville Chamberlain erklärte im Unterhaus, daß die englische Regierung für eine umfassende und dauernde Regelung der Tributfrage sobald wie möglich eintrete.

Die englische Regierung glaube, daß dieses Ziel am besten durch eine allgemeine Streichung der Reparationen und Kriegsschulden erreicht werden könnte.

Nach Vorliegen des Baseler Berichtes habe sich die englische Regierung für eine sofortige Regierungskonferenz eingesetzt, jedoch habe sich herausgestellt, daß der Augenblick für eine solche Regelung ungünstig gewesen sei und sie sei deshalb am Mai oder Juni vertagt. Die zusätzlichen Verpflichtungen Deutschlands seien im Haager Abkommen festgesetzt und könnten durch ein einseitiges Vorgehen Deutschlands weder geändert noch ungültig gemacht werden.

Es gehe aber aus dem Baseler Bericht klar hervor, daß Deutschland nicht in der Lage sei, die Erfüllung dieser Verpflichtungen wieder aufzunehmen. Wenn die Gläubigerländer zusammenkämen, um über die Verpflichtungen zu sprechen, dann müsse diese Tatsache in Rechnung gestellt werden.

Der Redner betonte, daß eine Einigung mit den anderen Mächten bisher nicht möglich war.

Deutsche Tagesschau.

Einberufung des Reichstages zum 16. Februar?

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß der Reichstag voraussichtlich am Dienstag, den 16. Februar, zusammentreten wird, um zunächst den Termin für die Wahl des Reichspräsidenten festzusetzen. Der Reichstag wird dann zu entscheiden haben, ob er sofort in eine große außen- und innenpolitische Aussprache eintreten oder ob er sich zu dem bisher dafür vorgesehenen Termin dem 23. Februar, wieder vertagen will. In Regierungskreisen scheint der Wunsch vorzuherrschen, daß der Reichstag überhaupt erst am 23. Februar einberufen wird. Die endgültige Entscheidung über den Termin des Zusammentritts wird vom Aeltestenrat gefällt werden, der voraussichtlich Ende dieser Woche sich versammeln wird.

Der Entwurf zur Aenderung der Gewerbeordnung.

Das bayerische Ministerium des Aeußern hat die Reichsregierung unter Hinweis auf die wirtschaftliche Notlage und Handel und Gewerbe um baldige Fertigstellung des Entwurfs zur Aenderung der Gewerbeordnung ersucht. Es hat dabei besonders auf die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung gegen das Ueberhandnehmen der Schwarzarbeit und gegen die Ausbreitung der Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte hingewiesen. Auch wurden schleunige gesetzgeberische Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände und Auswüchse auf dem Gebiet des Wandergewerbes und des Versteigerungswesens sowie hinsichtlich der Gewerbebetriebe der Gütermakler und der Darlehensvermittler gefordert.

Tagung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Berlin, 3. Februar. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielt eine mehrstündige Sitzung ab, an der auch der preußische Ministerpräsident teilnahm. Der Fraktionsvorstand beschloß die Einberufung der Fraktion auf den 11. Februar.

Der Reichsforstwirtschaftsrat tagt.

Berlin, 3. Februar. Die erste Vollsitzung des auf weitere sechs Jahre neugewählten Reichsforstwirtschaftsrates der offiziellen Vertretung der gesamten deutschen Forstwirtschaft, wurde vom Vorsitzenden, Staatssekretär a. D. Freih. von Stein, in Gegenwart zahlreicher Vertreter der Behörden, von Verbänden sowie zahlreicher Gäste eröffnet. Der Vorsitzende wies auf die große Notlage der deutschen Forstwirtschaft hin. Anschließend fanden mehrere Fachvorträge statt.

Der Ultimoausweis der Reichsbank.

Die Belastung der Reichsbank zum Ultimo war mit 306 Millionen Steigerung der gesamten Kapitalanlage verhältnismäßig gering. Der Notenumlauf stieg nur um 209 Millionen. Der Gold- und Devisenschwund geht aber weiter. An Gold verlor die Reichsbank 8,5 Millionen und an deckungsfähigen Devisen 6,2 Millionen RM. Das Deckungsverhältnis ist infolgedessen von 26,4 auf 24,8 Prozent zurückgegangen.

Preissenkung und Gehaltsabbau.

Zu den Mitteilungen des Reichskommissars für Preisüberwachung über eine allgemeine Preissenkung von 6,3 Prozent weist der Reichsbund der höheren Beamten darauf hin, daß die Reichsregierung einen Ausgleich der mit Wirkung vom 1. Januar eingetretenen Lohn- und Gehaltskürzung, die bei den Beamten 10 Prozent des Dezembergehalts beträgt, zugesagt hatte. Nach der amtlichen Richtzahl ist aber nur eine Senkung von 4,5 Prozent im Vergleich zum Dezember eingetreten. Von der versprochenen Senkung der Mieten, Tarife, Gebühren, Abgaben usw. haben weite Bevölkerungskreise bisher nicht die erhoffte Entlastung verspürt. Die höheren Beamten würden es begrüßen, wenn Ergebnisse nicht festgestellt würden, bevor den zur Mitwirkung aufgerufenen Vereinigungen Gelegenheit zur Nachprüfung des Tatbestandes gegeben ist.

Auslands-Rundschau.

Polen mit dem großen Bundesgenossen unzufrieden.

Polen hat in letzter Zeit wiederholt Anlaß, mit seinem „mächtigen und reichen" Bundesgenossen an der Seine unzufrieden zu sein. Die Ablehnung einer großen langfristigen Anleihe, die starke Einschränkung der Kohleneinfuhr, die schroffe Behandlung der polnischen Arbeiter, Verständigungsversuche mit Deutschland und anderes mehr waren die Dinge, die keinesfalls geeignet schienen, Freunde und Zufriedenheit in Polen auszulösen. Jetzt kommt noch ein Fall hinzu: das von Frankreich zuerkannte Holzkontingent für das erste Vierteljahr 1932. Während anderen Staaten wie beispielsweise der Tschechoslowakei und Finnland Kontingente für die Holzausfuhr nach Frankreich in Höhe von 20 und 22 Prozent zuerkannt wurden, sind, wie die halbamtliche polnische Agentur nicht ohne Unwillen bemerkt, Polen nur 8,4 Prozent zugeteilt worden.

England löst sich vom Einfluß der Bank von Frankreich.

Die Bank von England hat, wie nunmehr bestätigt wird, den Restbetrag ihres französisch-amerikanischen Kredits, den sie in Höhe von 50 Millionen Pfund am 1. August 1931 erhielt, mit den letzten 30 Millionen Pfund abgezahlt. Die Rückzahlung geschah mit ausländischer Währung. Dieser englischen Schuldenzahlung kommt große Bedeutung zu, da sich England hiermit vom französischen Golde unabhängig gemacht hat.

Amerikanische Note fordert Beendigung des Krieges.

Newyork, 3. Februar. **Nach Verhandlungen des hiesigen englischen Botschafters mit Staatssekretär Stimson hat nunmehr auch die Regierung der Vereinigten Staaten in einer neuen Note an China und Japan von beiden die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten in Schanghai gefordert.**

Aus der Umgegend

Nebra, 3. Februar.

— Aus dem Sänger-Unstrutgau. Laut Beschluß der vorjährigen Gauversammlung in Niederschmon findet die diesjährige Gauversammlung am 14. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Roßleben, im Hotel „Zur Weintraube" statt. Da nach der geschäftlichen Erledigung ein gemütliches Zusammensein mit den auswärtigen Gästen geplant ist, wobei selbstverständlich auch gesungen werden soll, ist es erwünscht, daß die Mitglieder der hiesigen, dem Gau angehörenden Vereine den betreffenden Nachmittag sich zur Verfügung halten, und in ansehnlicher Stärke nach Roßleben zu fahren.

— Ein geselliger Abend wird heute anläßlich eines Schlachtefestes im Hotel „Zur Burg" angesagt. Nur frohe Laune vermag uns noch die letzte, vielleicht kurze Strecke bis zu einem Wiederanstieg des Wirtschaftslebens überwinden helfen, deshalb ist es recht und billig, wenn der mit Sorgen beladene Mann dann und wann im Kreise guter Freunde sich bewegt.

— Neuzulassung von Aerzten in der Krankenkasse. Die Bestimmungen der letzten Notverordnung haben bei einem großen Teil der nicht zur Kassenpraxis zugelassenen Aerzte die Hoffnung erweckt, als ob sie nunmehr ohne weiteres zur Kassenpraxis zugelassen seien. Diese Einstellung ist durchaus falsch. Die bisherigen Zulassungsausschüsse in der Krankenversicherung sind aufgehoben, und es können zurzeit keine Zulassungen mehr erfolgen. Die Zulassung eines Kassenarztes bedarf aber eines ordnungsmäßigen Zulassungsverfahrens. Dies gilt auch für die ausnahmsweise Zulassung aller Aerzte, die vor dem 1. Oktober 1931 ärztlich tätig

— Paketzustellung durch die Post. In der Oeffentlichkeit ist es noch nicht genügend bekannt, daß die Deutsche Reichspost die Paketgebühren seit dem 15. Januar erheblich gesenkt und gleichzeitig eine vom Empfänger zu zahlende Zustellgebühr von 15 Rpf für jedes Paket eingeführt hat. Auch nichtfreigemachte Pakete können wieder verschickt, d. h. die Zahlung der Paketgebühr kann dem Empfänger überlassen werden. In beiden Fällen ergeben sich für den Paketzusteller oft insofern Schwierigkeiten, als die Empfänger, die noch an das alte Aushändigungsverfahren gewöhnt sind, die Berechtigung zur Erhebung einer Zustellgebühr anzweifeln und diese oder die etwa fällige Paketgebühr nicht gleich zahlen wollen. Die Paketzusteller werden dadurch in ihren Dienstgeschäften erheblich aufgehalten, die Zustellzeit verlängert sich, und die Empfänger erhalten die Sendungen später als nötig wäre. Es würde daher zu einer wohl allseitig erwünschten Entlastung und Beschleunigung führen, wenn die Paketempfänger in richtiger Würdigung der Sachlage die Zustellgebühr oder die Paketgebühr ohne längere Erörterungen entrichten wollten.

Laucha Zum letzten Ferkelmarkt standen insgesamt 78 Ferkel zum Verkauf. Das Geschäft war infolge großer Kauflust recht lebhaft. Die Preise bewegten sich zwischen 18 und 24 RM. für das Paar je nach Qualität und Größe. Der Auftrieb konnte bis auf einen kleinen Rest verkauft werden.

Laucha. In den Zuckerspeicher der hiesigen Zuckerfabrik wurde in der Nacht vom 30. zum 31. Januar ein Einbruch verübt, wobei etwa 10 Zentner Zucker gestohlen wurden. Nach den Spuren zu urteilen, kommen mehrere Täter infrage. Ein Polizeihund nahm die Spur bis auf die Kirchscheidunger Straße auf, verlagte dann aber

Heldrungen. Die Meisterprüfung als Tapezierer und Dekorateur bestand Herr Walter Grenzdörffer von hier. — Unsere Stadt zählte am 1. Februar d. Js. 2921 Einwohner.

Sangerhausen. Unter Anwesenheit von Vertretern der Behörden, des Handels und der Industrie, fand die feierliche Weihe des neuen Kreissparkassengebäudes statt. Regierungspräsident von Harnack nahm im Verlaufe der Feier zu einer längeren Ansprache das Wort. Er ging auf die Zusammenhänge zwischen Kredit und Vertrauen ein und betonte, daß zu übertriebener Gespensterseherei durchaus kein Anlaß vorhanden sei. Allerdings bedürfe die Wirtschaft pfleglichster und schonendster Behandlung.

Die Kreissparkasse, die jetzt im 44. Jahre ihres Bestehens ist, hat das etwa 400 000 Mark kostende Gebäude aus eigenen Mitteln errichtet. Es ist ein zweistöckiger, ganz sachlich gehaltener Zweckbau, unmittelbar neben dem Kreishause und dem Landratsamt errichtet.

Sangerhausen. Der Kreistag des Kreises Sangerhausen beschloß u. a., eine neue Wertzuwachssteuerverordnung zu erlassen. Aus Ersparnisgründen wurde auf bürgerlichen Antrag die Stelle des Kreisausschuß-Oberinspektors ab 15. Februar eingezogen. Der jetzige Inhaber des Postens übernimmt die Stelle des Kreis-Bureaudirektors, die seit 1. Januar infolge Pensionierung des letzten Inhabers unbesetzt war.

Weißenfels. Der vor einiger Zeit in Meuselwitz ausgeführte Sprengstoffdiebstahl konnte jetzt von der Polizei aufgeklärt werden. Vier Personen sind bereits in diesem Zusammenhang festgenommen worden. Die Täter, die Kommunisten sein sollen, hatten die Sprengpatronen in Rucksäcken nach Weißenfels transportiert und in dem Bett eines Komplizen versteckt.

Leuna. Lebensmüder springt in die Saale. Ein Mann sprang in die Saale, wurde durch die starke Strömung abgetrieben und ertrank. Die Personalien des Lebensmüden sind noch nicht bekannt.

Ammendorf. Der preußische Landwirtschaftsminister teilt in Beantwortung einer im preußischen Landtag an ihn gerichteten Anfrage mit, daß der Gemeinde Ammendorf zur Wiederherstellung der Elsterflutbrücke im Zuge der Chaussee Ammendorf-Schkopau vom preußischen Staat ein einmaliger Zuschuß von 25 000 Mark gewährt worden ist.

Halle. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, den Raubüberfall in einem Hause am Robert-Franz-Ring aufzuklären. Dort waren zwei Männer in die Wohnung eines Arztes gedrungen, wo sie auf die Aufwartefrau, die ihnen entgegengetreten war, einschlugen. Als die Frau aber um Hilfe schrie, zogen sie es vor zu fliehen. Jetzt sind die beiden Täter ermittelt und festgenommen worden. Sie haben bereits ein Geständnis abgelegt.

Halle. Die Michelwerke haben die Stillegung der Grube und Brikettfabrik Leonhard im Geiseltal angezeigt. Betroffen werden davon etwa 650 Arbeiter und 50 Angestellte.

Halle. Ein nicht alltäglicher Fall von Heiratsschwindelei, bei der es sich um eine Frau handelte, kam hier zur Aburteilung. Die Angeklagte, die 40jährige Frau Berta H., suchte sich ihre Bräutigame durch die Zeitung. Sie kam dann gleich persönlich, um nach ein paar Tagen unter Mitnahme von Hausrat und Geld und unter Zurücklassung von Schulden wieder zu verschwinden. Einem Autoschlosser erzählte sie, sie besitze 10 000 Mark Vermögen. Einem anderen Heiratskandidaten gegenüber spielte sie sich als reiche Erbin vom Lande auf. Das Urteil lautete auf ein Jahr, sechs Monate Zuchthaus und 100 Mark Geldstrafe.

Halle. Die Firma Otto Köppe, Großhandlung für Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechapparate und Ersatzteile hat unter Berufung auf die schlechte Wirtschaftslage ihre Zahlungen eingestellt. **Die Firma, die ihre Schwierigkeiten nicht zuletzt auch auf einen für längere Zeit abgeschlossenen Mietvertrag zurückführt, der den jetzigen Verhältnissen in keiner Weise mehr Rechnung trage,** strebt einen Vergleich an. Wie wir hören, ist eine Quote von 40 Prozent zu erwarten.

Calbe a. S. In der etwa 400 Einwohner zählenden Nachbargemeinde Werkleitz wurde in diesem Jahre weder ein Kind aus der Schule entlassen und konfirmiert noch ein Kind neu eingeschult.

Oppin (Saalkr.). Eine von etwa 300 Personen besuchte kommunistische Versammlung wurde von der Landjägerei aufgelöst, weil nach Ansicht der Beamten der Redner die Reichsfarben verächtlich gemacht hatte und die Versammlung einen unfriedlichen Ausgang zu nehmen drohte.

Erfurt. Der Provisionsvertreter Felix Koch aus Erfurt hatte vom Schöffengericht Erfurt sechs Monaten Gefängnis erhalten, weil er für einen Erfurter Buchhändler in Zella-Mehlis und Sömmerda eine Anzahl Bestellscheine auf Zeitschriften gefälscht hatte, um die Provision zu erlangen. Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt. Er behauptete vor der Großen Strafkammer als Berufungsinstanz, daß er ihm aufgegebene fingierte Bestellungen für echt gehalten habe. Das Gericht stand aber dieser Angabe skeptisch gegenüber und erkannte auf vier Monate Gefängnis. Mildernde Umstände wurden deswegen zuerkannt, weil heute die Provisionsvertreter mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Erfurt. Auf Grund von Erfahrungen in der letzten Zeit hat sich der Polizeipräsident genötigt gesehen, die Verteilung politischer Flugblätter auf der Hauptstraße, dem Anger, vom Kaufhaus bis zum Monumentalbrunnen, in der Schlösserstraße und in der Bahnhofstraße nicht mehr zuzulassen.

Dessau. Anläßlich der Beratung des Staatshaushaltes beschäftigte sich das Staatsministerium mit der Frage der Arbeitsbeschaffung. Die Verhandlungen führten zu dem Entschluß, im bevorstehenden Frühjahr noch einmal in demselben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320204-14/fragment/page=0002

Umfang wie im abgelaufenen Herbst Wohlfahrtserwerbslose in den staatlichen Forsten zu beschäftigen. Die Revierverwalter der staatlichen Forsten sind angewiesen, entsprechende Vorschläge zu machen. Mit den Arbeiten soll begonnen werden, sobald die Witterungsverhältnisse es gestatten.

Erfurt. Um den psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit zu begegnen, hat die Erfurter Städtische Museumsleitung ein Programm ausgearbeitet für Vorträge und Führungen, die speziell für Erwerbslose veranstaltet werden sollen. Das Arbeitsamt hat Unterstützung zugesagt. In jeder Woche findet je ein kunst- oder heimatgeschichtlicher und ein naturwissenschaftlicher Vortrag statt. Die Veranstaltungen sollen vorläufig bis in das Frühjahr hinein dauern.

Magdeburg. Am Montag abend wurden Spaziergänger, die über die Ebertbrücke gingen, von den Kletterkünsten eines Irrsinnigen überrascht, der im Adamskostüm auf dem Obergurtträger der Brücke herumturnte. Die Feuerwehr wurde gerufen. Sie breitete ein Sprungtuch aus und ging dann mit einer Maschinenleiter zum Angriff vor. Es gelang ihr bald, den Mann zu fassen, anzseilen und über die Maschinenleiter nach unten zu befördern. Er wurde in die Irrenabteilung des Sudenburger Krankenhauses gebracht.

Zerbst. Das große Werkstattgebäude der Böttcherei und Faßfabrik Schulze & Tauscher ist nachts völlig niedergebrannt. Das Gebäude der benachbarten Kammerlichtspiele wurde von dem Feuer bedroht, jedoch konnte ein Übergreifen des Feuers verhindert werden. Bei den Löscharbeiten wurden zwei Feuerwehrleute durch einstürzende Mauerteile verletzt.

Glassfurt. Die Diphtherieepidemie, die nun schon seit Monaten unter den hiesigen Kindern wütet, ist noch immer nicht zum Stillstand gekommen. Wieder sind neue Krankheitsfälle gemeldet worden. Die Zahl der Todesfälle ist jetzt auf fünf gewachsen.

Crensitz (Kr. Delitzsch). Unter dem Verdacht, Güterwagen bestohlen zu haben, wurden von der Polizei zwei Männer festgenommen. Es ist zu hoffen, daß die Frachtzuteraubungen, die in der letzten Zeit einen beängstigenden Umfang angenommen hatten, nun ihr Ende gefunden haben.

Stendal. Eine Frau genügte ihm nicht. — Der Arbeiter Hermann Haude aus Tangerhütte war im September vorigen Jahres mit einer Frau durchgebrannt und hatte seine Frau mit vier Kindern unversorgt zurückgelassen. Die Behörde mußte sich also der Zurückgelassenen annehmen. Kürzlich ist der ungetreue Ehemann in Pommern festgenommen worden. Er wurde dieser Tage vom Amtsgericht wegen Mißsiggang und unterlassener Unterhaltspflicht zu sechs Wochen Haft verurteilt.

Thale (Harz). Keine Werksunterstützungen mehr. — Die Thaler Eisenhüttenwerke haben mit dem 1. Februar die Zahlungen an Rentner und Witwen eingestellt. Die Stadt dürfte daher das Doppelte an Unterstützungen zu zahlen haben als bisher.

Harzgerode. Der Landesverband Anhalt im Deutschen Gastwirteverband hielt in Harzgerode eine gut besuchte Sitzung ab, die unter der Leitung des Vorsitzenden Theiß, Dessau, stand. Dieser ging in seinem Jahresbericht auf die außerordentliche Verschlechterung der Lage des Gastwirtsgewerbes seit dem letzten Jahr ein. Der Gastwirtestand sei bis zu 80 Prozent an den Bettelstab gebracht worden. Der Umsatz sei bis zu 60 Prozent zurückgegangen, während auf der anderen Seite eine Erhöhung der Unkosten eingetreten sei. Zum Schluß mahnte der Vorsitzende, geschlossen den Kampf aufzunehmen, da nur dann eine Besserung der Lage zu erzielen sei. Der Verbandstag soll am 23. und 24. Mai in Bernburg abgehalten werden.

Neues aus aller Welt.

Vor den Strafanträgen im Kurfürstendamm-Prozeß. Im Kurfürstendamm-Prozeß in Berlin, der seit Mitte Dezember die 3. große Strafkammer beim Landgericht III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Ohnesorge beschäftigt, ist die Beweisaufnahme geschlossen worden. Das Urteil wird im Laufe der Woche zu erwarten sein.

Gastwirt erschossen aufgefunden. Karl Grubert, der Besitzer des Restaurants „Neue Berliner Schweiz" am Seddinsee wurde erschossen in dem Forst zwischen Gosen und Schmöckwitz aufgefunden. Grubert war mit der Absicht von Hause weggegangen, eine Gastwirteversammlung in Schmöckwitz aufzusuchen. Dort ist er aber nicht eingetroffen. Als er auch in der Nacht nicht nach Hause kam, begab man sich auf die Suche und fand Grubert mit einem Halsschuß an der Uferpromenade des Seddinsees auf.

Falschmünzer verhaftet. Ein Mann ist von der Gendarmerie in Schwepnitz (Kr. Bautzen) festgenommen und dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt worden, der in dem dringenden Verdacht steht, mit Falschmünzern in Verbindung zu stehen. An der nahegelegenen preußischen Grenze sind in letzter Zeit mehrfach falsche Fünfmark-Stücke aufgetaucht. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei nach den Falschmünzern führten u. a. nach Schwepnitz. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Großer Fabrikbrand. In einer Tuchfabrik in Bielitz-Biala bei Kattowitz entstand ein Brand, der das ganze Fabrikgebäude in kurzer Zeit in Asche legte. Durch Funkenflug geriet eine zweite Textilfabrik in Brand. Auch sie wurde zum größten Teil zerstört. Außer den Maschinenanlagen sind auch große Warenvorräte verbrannt.

Leichenfund in einem Moorgraben. Die Leiche der seit dem 5. Dezember v. J. vermißten Frau Kohlstede aus Elisabethfehn ist in einem Moorgraben in der Nähe der oldenburgisch-ostfriesischen Grenze bei Elisabethfehn gefunden worden. Nach dem Verschwinden der Frau richtete sich der Verdacht, seine Ehefrau umgebracht zu haben, gegen den Stellmacher Kohlstede, der ebenso wie ein Mieter seines Hauses in das Untersuchungsgefängnis nach Oldenburg gebracht wurde. Seit der Festnahme des Kohlstede wurden täglich Durchsuchungen der Umgegend vorgenommen, die jetzt zu der Auffindung der Leiche führten. Die Frau lag in dem Graben in fast unbekleidetem Zustande mit dem Gesicht nach dem Boden.

Polizei schießt in Notwehr. In Osnabrück wurden bei einem polizeilichen Eingreifen wegen Ruhestörung die Beamten von mehreren in Dirnenkreisen verkehrenden männlichen Personen derart bedrängt und tätlich angegriffen, daß von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden mußte. Zwei Personen wurden erheblich verletzt. Während der Ueberführung ins Krankenhaus ist einer der Verletzten gestorben.

Drei Personen verbrannt. In einem Kaffeehaus in Haag kamen bei einem Brande drei Personen ums Leben. Unter ihnen befindet sich eine deutsche Hausangestellte, die das jüngste Kind des Hauses in Sicherheit gebracht hatte und dann retten wollte, was zu retten war. Dabei fand sie den Flammentod. Die Mutter des Kindes und ein Hausknecht wurden vollkommen verkohlt aufgefunden.

Blutige Zusammenstöße in Limoges. Zu ernsten Zusammenstößen zwischen kommunistischen Arbeitern und Mitgliedern anderer Syndikate kam es in Limoges, dem Hauptbezirk der französischen Schuhindustrie. Die kommunistischen Arbeiter hatten beabsichtigt, darüber abzustimmen ob infolge der Kündigung eines Teiles ihrer Arbeitskollegen in den Streik getreten werden sollte oder nicht. Die Abstimmung wurde jedoch von den Mitgliedern der Syndikate verhindert. Bei den darauf folgenden Zusammenstößen wurden mehrere Arbeiter und auch einige Polizeibeamte verletzt.

Der Oelausbruch noch nicht eingedämmt. Bisher konnte der Oelausbruch der Sonde E. 40 bei Nienhagen (Kr. Celle), der seit mehreren Tagen unter starkem Gasdruck andauert, noch nicht eingedämmt werden. Die Umgebung ist im weiteren Umkreise mit einer zähen Oelschicht bedeckt. Bereits am selben Tage war der letzte Damm, mit dem man das Oel auffangen wollte, gebrochen. Jetzt gelang es endlich, die Sonde mit einem Holzpfropfen, der mit 60 Zentnern Gestänge beschwert ist, zu schließen. Wenn der Gasdruck nicht wieder zunehmen sollte, hofft man, endlich Herr des Ausbruchs zu werden.

Auto abgestürzt.

Dattenfeld (Sieg), 3. Februar.

Zwischen Dattenfeld und Hoppengarten stürzte der Lieferwagen der Firma Allgemeine Brennstoff-Handelsgesellschaft in Bonn wahrscheinlich infolge eines Reifenschadens eine drei Meter hohe Böschung ab und geriet in Flammen. Der Wagenführer und seine Frau sowie ein fünfjähriges Kind waren sofort tot, während ein weiteres Kind mit schweren Brandverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Massenprotest gegen die teuren Gas- und Strompreise.

An den Preiskommissar!

Schönebeck (Elbe). Die seit einiger Zeit vorbereitete große Kundgebung gegen die Tarifpolitik der Gas- und Stromversorgungs-Verteilungsstelle Mittelsachsen A.-G. hat nunmehr stattgefunden. Daran waren über 1000 Personen von Schönebeck und Umgegend beteiligt. Die Versammlung forderte eine 50prozentige Preissenkung für Gas und Elektrizität. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die dem Kommissar für Preissenkung Dr. Goerdeler persönlich überbracht werden soll.

Die Entschließung fordert, daß die „jahrelange Übervorteilung des Abnehmerkreises endlich beseitigt wird und daß eine fühlbare Erleichterung sofort eintritt". Der jetzige Preis beträgt 50 Pf. für Elektrizität und 20 Pf. für Gas. Die Mittelsachsen A.-G. habe sich nur erboten, eine Preissenkung um einen Pfennig vorzunehmen.

Zuchthausstrafen in einem Brandstiftungsprozeß.

Die verhängnisvollen Wachskerzen.

Badel (Kr. Salzwedel). Im Schulzeschen Gasthaus zu Badel hielt das Stendaler Schöffengericht eine Sitzung ab, in der der Prozeß wegen der Brandstiftung bei dem Maurermeister Seehaus verhandelt wurde. Angeklagt war der Maurermeister Seehaus und der Arbeiter Hermann Bloy. Das Wirtschaftsgebäude des Angeklagten Seehaus war am 1. November abgebrannt. Während man noch beim Löschen war, entdeckte man

in der Scheune und in einem angrenzenden Schuppen zwei brennende Kerzen neben ölgetränktem Papier und Stroh. Es wurde festgestellt, daß Seehaus am gleichen Tage vor dem Brand vier Kerzen gekauft hatte. Seehaus war stark verschuldet und hatte erst einige Tage zuvor die schon im Februar fällig gewesene Versicherungsprämie bezahlt. Es waren zwanzig Zeugen zu vernehmen. Beide Angeklagten leugneten die Brandstiftung. Sie gaben zwar zu, die Kerzen gekauft zu haben, doch wollten sie diese zu einer Reifenreparatur verwendet haben. Das Gericht hielt die Angeklagten für schuldig und verurteilte Seehaus zu 1½ Jahren und Bloy zu einem Jahre Zuchthaus.

Die Verhaftung der 38 Nationalsozialisten.

Mit Knüppeln und Dolchen gegen die Polizei.

Magdeburg. Zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten war es nachmittags zu verschiedenen Zusammenstößen gekommen, bei denen ein Unbeteiligter durch einen Stich in den Hals schwer verletzt wurde. In den späten Abendstunden hatte die Polizei eine Durchsuchung des SA.-Heims vorgenommen und 38 Nationalsozialisten verhaftet.

Über diese Durchsuchung erfahren wir von der Polizei: Die SA.-Leute leisteten Widerstand, so daß der Eingang gewaltsam erzwungen werden mußte. Die SA.-Leute stellten der Polizei mit Knüppeln und teilweise auch mit Dolchen bewaffnet, entgegen. Es heißt, sie hätten Stühle zerschlagen, um sich zu bewaffnen und die Räume seien mit Schlagwerkzeugen überfüllt gewesen. Das Heim wurde polizeilich geschlossen.

Strafanträge im Schieberprozeß.

Gefängnis und hohe Geldstrafen.

Berlin, 3. Februar.

Der Staatsanwalt beantragte in dem Prozeß wegen der riesigen Devisenschiebungen gegen den Berliner Vertreter des Londoner Bankhauses Singer & Friedländer, Dr. Gutherz, ein Jahr Gefängnis und 150 000 RM Geldstrafe. Für die Geldstrafe soll das Bankhaus haftbar gemacht und im Nichtbeitreibungsfalle auf ein weiteres Jahr Gefängnis gegen Gutherz erkannt werden. Gegen den Bankkommissionär Adalbert Parlagi wurden ein Jahr Gefängnis und 50 000 RM Geldstrafe bzw. ein weiteres Jahr Gefängnis beantragt, gegen den Berliner Bankier Kurt Oppenheimer neun Monate Gefängnis und 40 000 RM Geldstrafe bzw. ein weiteres Jahr Gefängnis.

Von dem Guthaben des Londoner Bankhauses konnten bisher über 900 000 RM beschlagnahmt und sichergestellt werden.

Lübecker Prozeß.

Lübeck, 3. Februar.

Im Lübecker Prozeß erhielten die Angeklagten das letzte Wort. Dr. Altstaedt erklärte, er habe seinen bisherigen Ausführungen nichts mehr hinzuzufügen.

Professor Dr. Deycke führte aus: Ich bedauere, daß gerade mich das Schicksal herausgezogen hat, unschuldiger Kindern, denen wir Gutes tun wollten, Tod und Krankheit zu bringen. Nach meiner Ueberzeugung sind wir gegen das Schicksal machtlos. Aber wenn Sie, meine Herren Richter in den Vorgängen eine Fahrlässigkeit erblicken sollten, dann treffe mich allein der Vorwurf. Ich bitte Sie, die Sühne, die das Gericht befindet, mir aufzuerlegen. Ich werde die Sühne antreten, aber ich bitte, meine Mitangeklagten freizusprechen. Sie sind meines Erachtens sicher frei von aller Schuld.

Schwester Anna Schütze betonte, daß sie immer die Wahrheit gesagt habe.

Professor Dr. Klotz bat das Gericht, sich die Ausführungen seines Verteidigers zu eigen zu machen, denen er nichts mehr hinzuzufügen habe.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Sonnabend nachmittag 6 Uhr vertagt. Aller Voraussicht nach wird dann das Urteil verkündet werden.

Finanzausgleich und Landgemeinden.

Popitz über seine Vorschläge.

Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der Preußischen Landgemeinden, Landrat a. D. Dr. Gereke-Pressel, M. d. R., hat die Vorstandsmitglieder beider Organisationen für den 8. und 9. Februar zu Sitzungen nach Berlin berufen. Im Mittelpunkt der Erörterungen wird die Frage des Finanzausgleichs stehen. Auf der Sitzung am 9. Februar hält Staatssekretär a. D. Prof. Popitz einen Vortrag über seine Vorschläge zum Finanzausgleich.

Die Neugliederung der handwerklichen Organisation in Mitteldeutschland.

Unter diesem Titel ist eine Broschüre im Auftrag der Handwerkskammer Magdeburg erschienen. In Anlehnung an die Verhandlungen und Beratungen des vom Reichsverband des Deutschen Handwerks eingesetzten Nationalisierungsausschusses bringt die Schrift, die den Syndikus der Magdeburger Handwerkskammer, Dr. Wolf, zum Verfasser hat, einen Vorschlag über eine zweckmäßige Neugestaltung der handwerklichen Organisation, um für die kommenden Aufgaben des Handwerks den Weg zu bahnen.

Börse und Handel.

Berlin, den 2. Februar 1932.

Dollar: 4,209 (Geld), 4,217 (Brief), engl. Pfund: 14,53 14,57, holl. Gulden: 169,43 169,77, Belga (Belgien): 58,71 58,83, ital. Lira: 21,06 21,10, dän. Krone: 80,12 80,28, norw. Krone: 79,02 79,18, franz. Franken: 16,55 16,59, tschech. Krone: 12,465 12,485, schweiz. Franken: 82,08 82,24, span. Peseta: 34,22 34,28, schwed. Krone: 81,42 81,58. österr. Schilling: 49,95 50,05.

Produktenmarkt. Der Berliner Getreidemarkt bot zu Beginn ein etwas ruhigeres Bild. Der Konsum ist für den dringenden Tagesbedarf anscheinend ausreichend versorgt. Beim Weizen, dessen Preise erneut anzogen, stützten wieder Käufe der GGC. Am Roggenmarkt war die Nachfrage für Lieferungsgeschäfte nicht mehr so stürmisch. Weizenmehl ist neuerlich in den Forderungen teilweise bis 50 Rpf. pro Sack erhöht. Roggenmehl hat unveränderten Preis bei ganz winzigem Umsatz. Hafer hatte ruhige Marktlage. Gerste ohne Anregung und still.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 241—243 (am 1. 2.: 239—241). Roggen Märk. 198—200 (198—200). Braugerste 158—168 (158 bis 168). Futter- und Industriegerste 153—157 (153—157). Hafer Märk. 138—146 (138—146). Weizenmehl 29—33 (29—32,75). Roggenmehl 27,50—29,75 (27,50—29,75). Weizenkleie 9,60—10 (9,60—10). Roggenkleie 9,60—10 (9,60—10). Viktoriaerbsen 21—27,50 (21—27,50). Kleine Speiseerbsen 21—23,50 (21—23,50). Futtererbsen 15—17 (15—17). Peluschken 16—18 (16—18). Ackerbohnen 14—16 (14—16). Wicken 16—19 (16—19). Lupinen blaue 10—12 (10—12), gelbe 14,50—16 (14,50—16). Serradella neue 23—29 (23—29). Leinkuchen 11,50—11,60 (11,50—11,60). Erdnußkuchen 50 Prozent ab Hamburg 12,50—12,60 (12,50 bis 12,60). Erdnußkuchenmehl ab Hamburg 12,20—12,30 (12,20—12,30). Trockenschnitzel 6,90—7 (6,80—6,90). Sojaabnenschrot 10,50—11,60 (10,60—11,70). Kartoffelflocken 12,50—12,60 (12,50—12,60).

Bis 29. Februar 1932 sind die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuererklärungen abzugeben. Man kann dabei nicht sorgfältig genug verfahren. So vermeiden sich am leichtesten zeitraubende Auseinandersetzungen mit den Steuerbehörden. Man spart aber auch Geld, wenn man sich eingehend über die gesetzlich zugelassenen Steuerersparungsmöglichkeiten unterrichtet. Wissen Sie schon, daß Sie steuerbegünstigte Rücklagen für Ihren Betrieb beantragen können? Haben Sie einmal daran gedacht, ob Sie durch Bildung von Familiengesellschaften Steuererleichterungen erzielen können? Ueber den Verlustvortrag bei der Körperschaftssteuer sind neue Urteile ergangen. Alle wichtigen Fragen finden Sie nach der neuesten Rechtsprechung behandelt in dem neuesten Heft der „Wirtschaftlichen Kurzbriefe" über die abzugsfähigen Ausgaben bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer. Interessenten steht dieses Heft unter Bezugnahme auf diese Notiz beim Rudolf Lorentz-Verlag, Charlottenburg 9, Kaiserdamm 38, kostenlos zur Verfügung.

Spiel und Sport.

Nebraer Sportvereinigung 1924.

N.S.V. I. Mannsch. — SV. Gleina I. 2:0 (2:0)
N.S.V. II. Mannsch. — N.S.V. III. 6:1 (3:0)
N.S.V. Jugend u. IV. komb. — S.V. Gleina II. 3:0 (1:0)

Das von der ersten Mannschaft gegen die gleiche des SV. Gleina herausgeholte Resultat erscheint als sehr niedrig und ist darauf zurückzuführen, daß unsere 1. Mannschaft stark ersatzgeschwächt antreten mußte. Da unsere 2. Mannschaft selbst ein Verbandsspiel gegen die 3. Mannschaft zu erledigen hatte, konnte der Ersatz nicht aus der 2. genommen werden und setzte sich aus übrigen bezw. Jugendspielern zusammen. Bei voller Mannschaft wäre Gleina wohl um eine empfindliche Niederlage nicht herumgekommen. Die Jugendmannschaft, die gleichfalls im Spiel gegen die 2. Mannschaft des SV. Gleina keine volle Mannschaft zur Stelle hatte und deshalb reichlichen Ersatz aus der 4. Mannschaft nehmen mußte, gewann das Spiel 3:0. Die zweite Mannschaft, die auf dem hiesigen Platze im Verbandsspiel der 3. Mannschaft gegenüberstand, konnte über ihren Gegner nach hartem Kampfe verdient mit 6:1 triumphieren, nachdem sich die 3. Mannschaft verzweifelt gegen diese Niederlage gewehrt hatte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320204-14/fragment/page=0003

Der Stand der Fürstenabfindung.

Berlin, 3. Februar.

Im Rechtsausschuß des Reichstages gab ein Vertreter des Reichsinnenministeriums einen Ueberblick über die finanziellen Leistungen der Länder gegenüber den vormals regierenden Fürstenhäusern.

Preußen

hat an laufenden wiederkehrenden Leistungen lediglich Pensionen an frühere Hofbeamte zu zahlen, die im letzten Haushaltsjahr 2,8 Millionen Mark betrugen. Sachsen hat eine laufende Rente zu zahlen, eine sogenannte Sekundogenitur-Rente, jedoch ist diese Angelegenheit noch strittig.

Württemberg

hat an das frühere württembergische Königshaus eine jährliche Rente von 50 000 Mark zu entrichten, die bis 1937 mit dem 20fachen Betrag abgelöst wird, und eine Rente von 70 000 Mark an die frühere Königin. Die jährlichen Zahlungen des Landes

Mecklenburg-Schwerin

betragen 21 000 Mark an den früheren Großherzog, zahlbar bis 1938, je 11 250 Mark auf Lebenszeit an die Herzogin Marie Antoinette und eine Prinzessin, sowie 17 000 Mark an die Herzogin Elisabeth. Ferner steht dem Herzog Adolf Friedrich auf Lebenszeit der Nießbrauch von 1000 Hektar Forst in einem geschätzten Werte von etwa 40 000 Mark jährlich zu.

Braunschweig

trägt lediglich anteilig die Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge für 24 Beamte.

Oldenburg

hat keinerlei Leistungen mehr zu erfüllen.

Schwarzburg-Rudolstadt

hat zu zahlen 12 000 Mark Leibrente an die Prinzessin Thekla, 60 000 Mark Witwum an Anna Luise, zwei vererbliche Leibrenten von je 5150 Mark, eine beschränkt vererbliche Leibrente von 18 000 Mark an Prinz Friedrich Günther, 12 000 Mark Witwum an die verwitwete Prinzessin Alexandra und zwei Leibrenten von je 6000 Mark.

Rücktritt der anhaltischen Regierung

Keine Parlaments-Auflösung.

Dessau. Ein nationalsozialistischer Antrag, der dem Staatsministerium das Vertrauen entzieht, wurde mit 19 gegen 17 Stimmen angenommen. Darauf erklärte die Regierung ihren Rücktritt.

*

In der gestrigen Nachmittagssitzung des Anhaltischen Landtages wurde ein deutschnationaler Antrag, den Landtag sofort aufzulösen und Neuwahlen mit größter Beschleunigung auszuschreiben, mit 20 Stimmen der Sozialdemokraten, Staatsparteiler und Kommunisten gegen 16 Stimmen der gesamten Rechten abgelehnt.

46 Tote beim Aufstand in Ecuador.

Zwischen Regierungstruppen und Aufständischen in der Provinz Carchi ist es zu einem Kampf gekommen. Die Aufständischen hatten 41 und die Regierungstruppen 5 Tote zu verzeichnen. Außerdem blieben viele Verwundete auf dem Kampfselde. Der vorläufige Präsident Moreno hat vom Staatsrat Sondervollmachten zur Unterdrückung des Aufstandes erhalten.

Neue Offensive

Japanische Truppen in Swatau.

Die sowjetamtliche Telegraphenagentur meldet aus Tokio, daß die japanischen Marinebehörden den Befehl erteilt haben, in Swatau Truppen zu landen. Der Truppenlandung ist eine Beschießung der Stadt vorausgegangen. Das Hafenviertel und die Regierungsgebäude sind von japanischen Marinetruppen besetzt worden.

Panik in Nanking.

Nach den ersten Kanonenschüssen brach in der Stadt eine unbeschreibliche Panik aus. Vom historischen Glockenturm ertönten die Warnungssignale einer Sirene. Die Bevölkerung stürzte sich nach den in den letzten Tagen errichteten bombensicheren Unterständen, die jedoch nur einen kleinen Teil der Flüchtenden aufnehmen konnten. Die Bewohner des am Ufer des Jangtse liegenden, am meisten bedrohten Siakwan-Quartiers strömten zu Tausenden nach dem Stadtteil, der von den alten Stadtmauern geschützt ist. Plötzlich wurden alle Lichter ausgelöscht, so daß die Stadt in vollkommenes Dunkel gehüllt war.

Japan besetzt Charbin.

Wie aus der Mandschurei gemeldet wird, sollen japanische Truppen in Charbin eingerückt sein. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht liegt jedoch noch nicht vor. Japanische Panzerwagen hatten jedoch, wie auch von chinesischer Seite gemeldet worden war, bereits die Vorstadt Alt-Charbin erreicht und befanden sich auf dem Vormarsch nach Charbin.

Ein neuer Angriff der japanischen Marinesoldaten begann auf die chinesischen Stellungen in Schapei und beim Nordbahnhof, der mit Feldgeschützen und Maschinengewehren beschossen wurde. Die Japaner besetzten den Tungtai-Hügel, einen wichtigen strategischen Punkt, der die ganze Stadt beherrscht. Die Chinesen bemühen sich zurzeit, den Hügel zurückzuerobern.

Von den japanischen Kriegsschiffen wurden weitere Landungsabteilungen ausgelandt, die mehrere Stellungen am Flußufer besetzten. Im Chinesenviertel herrscht eine unbeschreibliche Panik. Die Bevölkerung flieht in Scharen aus der Stadt.

Erdbeben in Santiago.

Havanna, 3. Februar. Ein Erdbeben, das heute früh zwischen 1 und 2 Uhr erfolgte, hat die Stadt Santiago teilweise zerstört Ganze Häuserreihen wurden zum Einsturz gebracht. Der Verlust an Menschenleben ist erheblich.

Blutiger Familienzwist.

Der 21jährige Reisevertreter Gonsior, der in Oels mit seiner 18jährigen Ehefrau als Untermieter bei seinen Schwiegereltern, dem Ehepaar Nowak, wohnte, verwundete seinen Schwiegervater und seine Schwiegermutter, die er mit einem Brust- und Armschuß traf. Schließlich verletzte er seine Frau schwer durch eine Kugel in die Brust und jagte sich selbst eine Kugel in den Mund. Gonsior ist bereits seiner Verletzung erlegen, während die übrigen Verwundeten mit dem Leben davonkommen dürften. Der Grund zur Tat dürfte in Familienstreitigkeiten zu suchen sein.

Verordnung über die Frist für die Abgabe der Steuererklärung zur Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer.

Auf Grund des § 61 des Einkommensteuergesetzes, des § 22 des Körperschaftssteuergesetzes und des § 17 des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 sowie des § 4 der Verordnung des Reichsministers der Finanzen über den Zeitpunkt der regelmäßigen Veranlagung zur Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer vom 30. Dezember 1931 wird als Frist für die allgemeine Abgabe der Steuererklärung zur Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer bei der Veranlagung für 1931 endende Steuerabschnitte die Zeit vom 15.—29. Februar 1932 bestimmt. Durch die Einführung der Steuerstufen ist die genaue Errechnung des zu versteuernden Einkommens für jeden Steuerpflichtigen sehr wichtig. Unter Umständen sind für eine RM. Mehreinkommen erheblich höhere Steuerbeträge zu bezahlen. Es beträgt die Einkommensteuer einschließlich Krisensteuer der Veranlagten bei einem steuerpflichtigen Einkommen von

575 RM. um RM.	12.10 mehr als bei	574 RM.
900 RM. um RM.	16.50 mehr als bei	899 RM.
6250 RM. um RM.	74.30 mehr als bei	6249 RM.
16500 RM. um RM.	215.— mehr als bei	16499 RM.

Jeder Steuerpflichtige muß sich daher genau darüber unterrichten, was er von seinem Einkommen abziehen darf. Erfahrungsgemäß erheben viele Steuerpflichtige nach Erhalt des Steuerbescheides Einspruch, weil ihnen der vom Finanzamt angeforderte Steuerbetrag zu hoch erscheint, und machen nachträglich verschiedene Abzugsmöglichkeiten geltend. Das ist zwar zulässig, es liegt jedoch im Interesse der Geschäftsvereinfachung der Finanzämter, daß Einsprüche aus diesen Gründen auf das Mindestmaß beschränkt bleiben. Es wird deshalb jedem Steuerpflichtigen auf Verlangen kostenlos und portofrei ein Merkblatt über die Frühjahrsveranlagung 1932 von der Reichssteuertabellen-Verlag m. b. H. Berlin SO. 36, Dresdener Straße 2, durch die Post zugesandt.

„Auch List ist Tapferkeit!"

(Aus der Zeit der ersten Indianerkämpfe)

von Professor H. H. Houben*)

Der Hauptgegner Caonabo saß irgendwo versteckt in seinen Bergen und lauerte auf eine bessere Gelegenheit, den Spaniern zu Leibe zu gehen. Dem mußte man zuvorkommen. Für diese Aufgabe war Hojeda der rechte Mann. Er hatte in den Maurenkriegen mit weit gefährlicheren Feinden sich herumgeschlagen und von ihren Kriegslisten gelernt. Tapferkeit half nicht einem Gegner gegenüber, der sich einstweilen nicht stellte; also List! Mit zehn entschlossenen Leuten reitet Hojeda durch die Königsebene den Bergen zu, um Caonabo in seinem Schlupfwinkel aufzusuchen. Sechzig Stunden dauert der Ritt bergauf, bergab. Endlich sind sie in seiner Residenz, einer ungewöhnlich großen Ansiedlung, und der Kazike empfängt den Abgesandten des Admirals mit der Höflichkeit, die auch einem Feinde gebührt, dessen Mut, Körperstärke und Tapferkeit das Staunen selbst des Wilden erregen. Hojeda bewegt sich mit einer Sicherheit hier unter den bewaffneten Scharen des Kaziken, als wäre er bei seinem besten Freunde zu Gast. Aber das will er ja werden, und der Admiral auch! Sie kennen seine Macht, er ist der Herr der ganzen Insel — daher liegt dem Admiral gerade an seiner Freundschaft. Und er will sie teuer erkaufen — mit dem Kostbarsten, das er hat: er bietet die Kirchenglocke von Isabella zum Preis für ein Bündnis zwischen den Spaniern und Caonabo! Die Kirchenglocke, das klingende Wunder von Isabella — sie soll sein werden — er soll sie aufhängen hier zwischen seinen Palmen und selbst sie reden machen, jeder Zeit, sooft er will! Der Preis ist hoch — er ist höher als alles, was der Kazike je geahnt — er kann nicht widerstehen! Ja, die Kirchenglocke — wenn er die erhält — dann sei Friede und Freundschaft zwischen ihm und dem Admiral! Die Spanier werden bewirtet, Caonabo ist stolz auf seinen neuen Freund — er führt ihn umher, und sie verständigen sich ausgezeichnet. — Aber die Glocke kann klingen — fliegen kann sie nicht und sie ist schwer. Caonabo muß sie holen, anders geht's nicht. Das sieht der Häuptling ein, und schnell ist er zum Abmarsch fertig. Aber hinter ihm her kommen die Indianer, sein Gefolge, Hunderte, Tausende! Soll Hojeda die alle nach Isabella führen? Warum so viele? fragt er. Die Glocke ist schwer, mein: Caonabo, und ein Fürst wie er zieht nicht ohne ein stolzes Gefolge. Hojeda darf sich nichts merken lassen. Er ist aufgeräumt und übermütig. Aber im stillen überlegt er: all diese tausend Wilden in Isabella — das ist ja Selbstmord — will Caonabo ihn durch eine Gegenlist übertölpeln? Da blieb nur der Auswug, auf den Hojeda schon vorbereitet ist. Der Häuptling schreitet neben dem Pferde seines Freundes würdig daher. Was blitzt und klirrt da immer am Sattel? Silberglänzende Ketten mit Handfesseln versehen. — Der Häuptling kann die Augen nicht davon wenden. Hojeda erklärt ihm: das ist königlicher Schmuck: die Fürsten bei uns in Spanien legen ihn an, wenn sie an hohen Festen feierliche Tänze aufführen; er ist heilig; er kommt direkt aus dem Himmel, ist ein „Turey". Das versteht Caonabo; Turey heißt jeder Gegenstand, dem göttliche Verehrung gebührt. Den Häuptling beschäftigt dieser „Turey" immerzu. Darf er ihn fühlen? Hojeda wehrt ab. Nur Fürsten dürfen ihn tragen und müssen ihn so anlegen, wie seine Bestimmung ist. — Gewiß, Caonabo ist auch ein Fürst, ein großer Fürst, und ein Freund der Könige in Spanien. Ihm wird man es vielleicht erlauben. Die Reiter mit ihrem Indianerheer lagern an einem Fluß. Das Gelände ist offen, eine Talebene liegt vor ihnen. Hojeda rasselt mit den silberglänzenden Stahlketten. Die Augen des Häuptlings wandern von dem „Turey" zum Gesicht des Freundes. Wird er es ihm erlauben? Hojeda nickt ihm zu. Aber erst muß er im Flusse baden — erst dann ist er würdig, den Königsschmuck zu tragen — und dann wird Hojeda selbst den Indianern ihren mächtigen Kaziken zeigen im Schmuck dieses Silberglanzes. Caonabo wird sich zu ihm aufs Pferd setzen und mit Hojeda durch die weithin lagernden staunenden Scharen seines Volkes reiten! Hojeda selbst legt dem Kaziken die Ketten um — die Handfesseln schließen gut — Caonabo wird aufs Pferd gehoben — nie wagte bisher ein Indianer, sich diesem Tier zu nähern — aber ihr Häuptling fürchtet sich nicht, er sitzt sicher, von der Hand Hojedas gestützt, vorn auf Sattelknopf. Die Indianer sind begeistert. Hojeda führt den Kaziken mit dem fremden „Turey" durch die Reihen, immer weiter werden die Kreise der zehn Reiter, immer weiter — sie streifen schon an den Waldrand, sie verschwinden hinter einem Gebüsch — kommen sie nicht mehr hervor? Nervige Fäuste haben den vertrauensseligen Kaziken gepackt: Kein Wort! Oder du bist des Todes! Jetzt los, was die Gäule hergeben — da kann kein Indianer mit! Und wie eine Windsbraut rast das Fähnlein Reiter durch die Talebene, durch andere Dörfer, wo die Eingeborenen entsetzt auseinanderstieben und gar nicht fassen, was da vorüberschoß — bergab, bergauf — ab und zu kurze Rast im Walde — durch die Königsebene, bis nach Isabella! Caonabo ist in Sicherheit! Er wird nicht mehr gefährlich werden! In der Wohnung des Admirals selbst wird er eingekerkert mit seinen silberglänzenden Fesseln — und täglich klingt die nahe Glocke und lacht über seine Torheit und sein Vertrauen in die Spanier!

*) Eine unerhört plastische Vorstellung von dem hoch dramatischen und tragischen Leben **Christoph Columbus'** vermittelt **H. H. Houben** in seinem gleichnamigen Werke, das demnächst im **Volksverband der Bücherfreunde, Berlin-Charlottenburg 2,** erscheint. Vorliegender Abschnitt, dem Werke entnommen, charakterisiert treffend die Darstellungskunst Houbens. (384 Seiten, in Halbleder 2,90 RM.)

ZUR BURG

Heute Donnerstag:

Groß. Schlachtefest.

Sonnabend:

Bunter Abend.

Es laden herzlichst ein O. Möder und Frau.

Drucksachen aller Art

fertigt an in sauberer, moderner Ausführung und liefert prompt, billig und gut

Buchdruckerei Wilh. Tauer, Roßleben.

Kantholz-Listen

Hobeldielen • Stabbretter

Schalbretter • Dachlatten

Tischlerbretter in Kiefer u. Fichte

Bayerische und Polnische Kiefer

Zaunsäulen u. -Latten

Thüringer Holzwerke, Roßleben

Gottschalk & Sauer

Fernruf 263 Am Bahnhof

F. Poppe

— Rechtsbeistand Wiehe —

Zugelassen bei den Amtsgerichten Nebra und Wiehe. — Vertrete Prozesse und besorge alle gerichtlichen Angelegenheiten. Halte im „Weißen Roß"-Nebra Sprechtag.

Gebrauchtes

Piano

kreuzsaitig, von zweien die Wahl zu verkaufen.

Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

3 Werber

anerkannt und erfolgreich, stehen Ihnen zur Verfügung, wenn Sie neue Geschäftsverbindungen anbahnen, Ihren Umsatz steigern, einen kaufkräftigen Leserkreis erfassen wollen:

Der Jungdeutsche

Die große volksnationale Tageszeitung

12. Jahrgang

Eigener Nachrichtendienst des In- und Auslandes

Jungdeutsche Frauenzeitung

Organ der jungdeutschen Schwesternschaften

Jungdeutsche Jugend

Monatszeitschrift der jungdeutschen Jugend

Fordern Sie noch heute kostenlos und unverbindlich Probenummer mit Anzeigen-Angebot vom

Verlag: Gesellschaft Deutsche Presse m. b. H.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 218

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320204-14/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbiblioth

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat. Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 15 Donnerstag, den 4. Februar 1932. 45. Jahrgang

Der Aufruf des Hindenburgausschusses

Berlin, 2. Februar.

Der vom Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm ins Leben gerufene Hindenburg-Ausschuß erläßt folgenden Aufruf:

„Das Volk will Hindenburg.

Deutsche! In wenigen Wochen soll das deutsche Volk den neuen Reichspräsidenten wählen. Millionen sind der Ueberzeugung, daß für die höchste Würde des Reiches nur ein Mann in Betracht kommt: Hindenburg! Gegenüber der geschichtlichen Persönlichkeit des gegenwärtigen Reichspräsidenten treten alle anderen Namen zurück, die in den Erörterungen der letzten Wochen von der Parteipolitik genannt worden sind.

Hindenburg: Um diesen Namen leuchtet der Ruhm von Tannenberg und die lebendige Erinnerung an das deutsche Heer des Weltkrieges, das vier Jahre lang den Boden der Heimat schützte und die deutschen Wasser siegreich in ferne Länder trug.

Hindenburg: Das ist ein Leben deutscher Pflichterfüllung, im Dienste des Vaterlandes von der Kaiserproklamation von 1871 bis zur Präsidentschaft der Republik.

Hindenburg: Das ist eine Ueberwindung des Parteigeistes, das Sinnbild der Volksgemeinschaft, die Führung in die Freiheit.

Hindenburg: Das ist für Deutschland und die Welt die vornehmste Verkörperung der deutschen Nation: Der erste im Kriege, der erste im Frieden und der erste im Herzen seiner Mitbürger.

Deutsche! Seid in dieser Stunde ein Volk, dankbar, einig und groß!

Eine spontane Kundgebung soll Hindenburg bitten, sich als Volkskandidat für die Wiederwahl zum Reichspräsidenten zur Verfügung zu stellen.

Keiner darf beiseitestehen, wenn es gilt, sich zu Hindenburg und zur nationalen Einheit zu bekennen.

Deutscher, Dein Name gehört Hindenburg!

Berlin, den 1. Februar. Der Hindenburgausschuß.

Zur Ausführung des Aufrufes für die Wiederwahl Hindenburgs teilt der Hindenburg-Ausschuß mit: Ein von den Parteien unabhängiger Wahlvorschlag muß die Unterschrift von 20 000 Wählern tragen. Es gilt, diese Zahl möglichst schnell zusammen zu bringen. Deshalb ist die deutsche Presse gebeten worden, Listen zur Eintragung für den Wahlvorschlag „Hindenburg" auszulegen. Dadurch soll die gesetzliche Vorschrift erfüllt und zugleich eine spontane Vertrauenskundgebung für den Reichspräsidenten von Hindenburg ermöglicht werden. Diese Kundgebung bedeutet die Bitte an den Reichspräsidenten, sich als Volkskandidat für die Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Die Einzeichnungslisten werden von den Zeitungen, die sich hierzu bereitfinden, vom Mittwoch, den 3. Februar, bis einschließlich Sonnabend, der 6. Februar, ausgelegt.

Im Auftrage des Hindenburgausschuß gez. Dr. Sahm.

Der Aufruf zur Volkswahl Hindenburgs ist von zahlreichen führenden Persönlichkeiten unterzeichnet worden, u. a. von dem Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm, dem früheren Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons, Oberpräsident a. D. von Batocki, Geheimrat Duisberg, Verbandsvorsitzenden Wilhelm Flügel, Dr. Geßler, den Präsidenten des Industrie- und Handelstages Dr. Grund, Gerhart Hauptmann, Oberbürgermeister Dr. Jarres, Professor Junkers, Präsident Dr. D. Kapler, Kommerzienrat Krumbhaar, Geheimrat Dr. Lemald, Arthur Mahraun, Oscar von Miller, Präsident Dr. Mulert, Verbandsvorsitzender Otte, Präsident Pflugmacher-Magdeburg, Bischof Dr. Schreiber, Geheimrat Planck u. a.

Die Hoffnung der Völker ...

Kurze Vertagung der Abrüstungskonferenz.

Genf, 3. Februar.

Nach jahrelangen Vorbereitungen sollten sich die Vertreter von 64 Staaten treffen, um endlich einmal einen ernsthaften Versuch zu machen, nicht nur das Wettrüsten zu beenden, sondern die vorhandenen Rüstungen ganz wesentlich einzuschränken.

Es gibt nicht nur moralische Gründe für die Weltabrüstung, sondern auch vertraglich festgelegte Verpflichtungen.

Sowohl der Versailler Vertrag als auch der Völkerbundspakt fordern die Abrüstung, der erstere nach Maßgabe der von Deutschland bereits erzielten Abrüstung. Um den berühmten Konventionsentwurf, den Deutschland mit Recht auf das schärfste ablehnt, werden im Laufe der nächsten Wochen und, wie zu befürchten ist, auch der nächsten Monate heftige Kämpfe entbrennen. Es wird einzig und allein von dem guten Willen der Konferenzteilnehmer abhängen ob in absehbarer Zeit in der Abrüstungsfrage irgendwelche nennenswerte Fortschritte erzielt werden können. Der Brand im Fernen Osten sollte der gesamten Menschheit eine dringende Warnung sein, keine Zeit mehr zu versäumen, um nach gerechten Grundsätzen abzurüsten.

Der Gedanke, eine außerordentliche Volkversammlung des Völkerbundes zur Behandlung des japanisch-chinesischen Konfliktes einzuberufen, steht jetzt wieder im Vordergrund.

Den Vorsitz im Völkerbundsrat hat der französische Kriegsminister Tardieu über ommen. Die plötzliche Einberufung der Sitzung des Völkerbundsrates ist in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson erfolgt.

Die Teilnehmer der Abrüstungskonferenz.

Die Weltabrüstungskonferenz umfaßt nach der amtlichen Abordnungsliste des Völkerbundssekretariats die Vertretungen von 64 Staaten, davon die zehn Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes: Vereinigte Staaten, Sowjetrußland, Türkei, Afghanistan, Abessinien, Mexiko, Brasilien Costa Rica, Hedschas und Ecuador. Die Republik San Domingo ist durch einen Beobachter vertreten. Der Konferenz gehören an: fünf Ministerpräsidenten, 24 Außenminister, 28 Generale und 15 Admirale, ferner unzählige Generalstabs- und Admiralstabsoffiziere, Militärattachés, zahlreiche Botschafter, Gesandte und hohe Beamte der Außenministerien.

Der Präsident unter Zensur.

Zwischen dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, und dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, ist es als Auftakt der Abrüstungskonferenz zu einer ernsten Meinungsverschiedenheit gekommen.

Henderson hatte bereits in London seine Eröffnungsrede in allen Einzelheiten ausgearbeitet, in der ein allgemeines Programm der Aufgaben und Ziele der Abrüstungskonferenz entwickelt wird.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, dem der Entwurf der Rede vorgelegt worden war, hat jedoch auf das entschiedenste gegen die scharfe Formulierung Hendersons protestiert und die entscheidenden Teile der Rede herausgestrichen mit der Begründung, daß es nicht Aufgabe des Präsidenten der Abrüstungskonferenz sei, ein allgemeines Abrüstungsprogramm vor der Konferenz zu entwickeln.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, sah sich jedoch schließlich gezwungen, die vom Generalsekretär des Völkerbundes bearbeitete Fassung seiner Rede anzunehmen, die sich jetzt lediglich auf einige allgemeine Formulierungen beschränkt und damit an ihrer politischen Bedeutung außerordentlich eingebüßt hat!

Zwischenspiel mit Radek.

Der Schweizer Bundesrat verweigerte dem Mitglied der Abrüstungskommission Radek die Einreiseerlaubnis, weil dieser 1921 aus der Schweiz ausgewiesen worden war. Ein Protestschreiben Litwinows gegen die Verweigerung der Einreiseerlaubnis für Radek durch die Schweizer Behörden ist dem Schweizer Bundesrat vom Präsidenten Henderson übermittelt worden.

Wie verlautet, nimmt jedoch der Schweizer Bundesrat den Standpunkt ein, daß der 1921 ergangene Ausweisungsbefehl gegen Radek weiter fortbesteht und für die Schweizer Regierung keine Möglichkeit vorliege, den Ausweisungsbefehl aufzuheben. Der Moskauer Regierung sei dieser Tatbestand bekannt. Die allen Teilnehmern zugesicherte freie Teilnahme an der Abrüstungskonferenz könne sich selbstverständlich nicht auf Personen beziehen, gegen die in den vorhergehenden Jahren ein Ausweisungsbefehl ergangen sei.

Man befürchtet, daß die sowjetrussische Abordnung weitere Protestschritte unternimmt, und die Eröffnung der Abrüstungskonferenz hierdurch ernsthaft gestört werden könnte. Eine Lösung des Streitfalles ist bisher noch nicht gefunden worden.

Die Sitzung des Völkerbundsrates.

Einstellung der Feindseligkeiten in China verlangt.

Genf, 3. Februar.

Der Völkerbundsrat trat unter dem Vorsitz des französischen Kriegsministers Tardieu zusammen. An der Sitzung nahmen der italienische Außenminister Grandi, der englische Dominionsminister Thomas und als Vertreter Deutschlands der Gesandte von Weizsäcker teil.

Der englische Dominionsminister Thomas verlas sodann stehend eine Erklärung, in der es heißt: Die britische Regierung sieht es als unmöglich an, daß die gegenwärtige Lage im Fernen Osten weiter andauert. Jeder Tag bringt neue Zwischenfälle von ernstester Tragweite. Die Feindseligkeiten dauern fortgesetzt an. Schanghai ist der Schauplatz eines außerordentlich ernsten Konfliktes geworden, an dem schwere Artillerie, Maschinengewehre und Flugzeuge teilnehmen. Der Zustand eines Krieges ist damit praktisch eingetreten. Die englische Regierung hat daher gemeinsam mit anderen Regierungen beschlossen, neue Bemühungen zur Sicherung des Friedens einzuleiten. Es ist zu hoffen, daß weitere Regierungen sich diesem Vorgehen anschließen würden. Die englische Regierung hat daher den Regierungen in Tokio und Nanking folgende Forderungen gestellt:

1. **Einstellung aller Feindseligkeiten und aller Vorbereitungen zum Kriege;**
2. **Beiderseitige Zurückziehung der Truppen in Schanghai;**
3. **Schutz der internationalen Konzession und Schaffung einer neutralen Zone in Schanghai;**
4. **Sofortige Einleitung der Verhandlungen, um den Konflikt im Geiste des Kelloggpaktes und der Entschließung des Völkerbundsrates vom 9. Dezember v. J. zu regeln.**

Frankreich und Italien schließen sich England an

Nach der Erklärung Thomas' teilte Tardieu mit, daß die französische Regierung auf Grund der Mitteilungen der englischen Regierung unverzüglich ihre diplomatischen Vertreter in Tokio und Nanking beauftragt habe, in gleichem Sinne vorstellig zu werden. Die französischen Flottenstreitkräfte seien nach Schanghai unterwegs. Der italienische Außenminister Grandi erklärte: Auch die italienische Regierung sei im Sinne der englischen Demarche in Tokio und Nanking vorstellig geworden.

Der deutsche Vertreter, Gesandter von Weizsäcker, teilte dann mit, daß er seiner Regierung unverzüglich die Erklärungen der Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens übermitteln werde,

damit die deutsche Regierung auch ihrerseits in den beiden Hauptstädten im gleichen Sinne vorstellig werden könne.

Heiterkeit im Rat

Der chinesische Gesandte Yen beschränkte sich auf die Mitteilung, daß er seiner Regierung über die Verhandlungen des Völkerbundsrates Bericht erstatten würde.

Der japanische Botschafter Sato begrüßte das Vorgehen der englischen Regierung. Angesichts des außerordentlichen Ernstes der Lage habe die japanische Regierung ihrerseits gebeten, unverzüglich außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen.

Allgemeine Heiterkeit erregte es, als der japanische Botschafter beantragte, unverzüglich die Ursachen der chinesischen Angriffe auf die japanischen Truppen zu untersuchen.

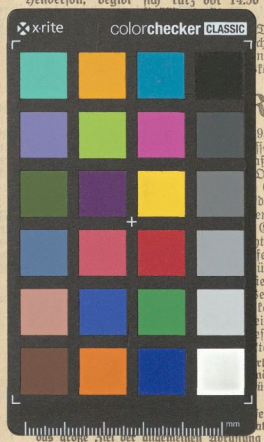
Die Verhandlung wurde von Tardieu mit der Mitteilung geschlossen, der Völkerbundsrat werde von neuem zusammentreten, sobald der Bericht des Untersuchungsausschusses vorliege, der in den nächsten Tagen zu erwarten sei. Das Ziel der heutigen außerordentlichen Sitzung des Völkerbundsrates sei gewesen, ein gemeinsames Vorgehen der Völkerbundsrates mit den jetzt von der englischen Regierung vorgeschlagenen neuen Maßnahmen zu ermöglichen und die erschütterte Autorität des Völkerbundes in diesem außerordentlich schweren Konfliktsfalle zu sichern.

Die Abrüstungskonferenz eröffnet.

Die Weltabrüstungskonferenz ist unter Teilnahme der Vertretungen von 64 Staaten am Dienstagnachmittag 16½ Uhr im „Bateiment electoral" eröffnet worden, in dem sonst die alljährliche Vollversammlung des Völkerbundes zu tagen pflegt.

Bereits stundenlang vor Beginn der Konferenz drängte sich eine tausendköpfige Menge vor dem Eingangsportal, an dem die zahlreichen Automobile der einzelnen Delegationen vorfuhren. Die Diplomaten-Tribüne und die Tribüne des Publikums sind geraume Zeit bereits bis auf den letzten Platz besetzt. In dem großen Konferenzsaal lagert eine Stimmung gespannter Erregung.

Der vom Völkerbundsrat ernannte Präsident der Abrüstungskonferenz, der frühere englische Außenminister Henderson, begibt sich kurz vor 14.30 Uhr auf den



Teile seiner Rede
he Stimme, der
ngt den lautlosen
konferenz für er

Rede:

930 die Einberu-
ssen. Die Konfe-
nß im Augenblid
Osten eine außer-
Es ist die impe-
des Völkerbunds-
genaue Einhaltung
Garantien gegen
ptliche Stunde hat
ferenz in der Ge-
für die Menschheit
e Konferenz hat
elt zu behandeln.
keinen Illusionen
eine feste Tages-
steht daher nach
ten:
rfaßtes Programm
möglich eine wesent-
rüstungen aller Län-
setzzustehenden Rah-
ationen verpflichten.
als große Ziel der allgemeinen Abrüstung zu erreichen.

3. **Sicherung der weiteren Arbeiten, um das endgültige Ziel zu erreichen, auf dem Wege ähnlicher Konferenzen, die in kurzen Zeitabschnitten zusammentreten sollen.**

Es kann nicht geleugnet werden, daß die Furcht der Nationen vor Angriffen einer der Gründe für die Aufrechterhaltung der schweren Rüstungen in der Welt war. Dennoch bedeutet das Bestehen von Rüstungen eine der Hauptursachen der gegenseitigen Furcht und des Argwohnes, die das internationale Leben vergiften, den Willen zum Frieden paralysieren und die Nationen immer wieder in das Wettrüsten schleudern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320204-14/fragment/page=0005